

Mafia auch im Kleinen aktiv

KRIMINALITÄT Ableger der italienischen Mafia nutzen die Schweiz laut dem Bundesamt für Polizei nicht nur für Geldwäscherei und als Rückzugsgebiet, sondern für einfachere Formen der Kriminalität. Den Behörden blieb dies lange verborgen.

Vermutlich schon seit 20 Jahren sind italienische Mafiaorganisationen auch in der sogenannten Basiskriminalität aktiv, wie das Bundesamt für Polizei (Fedpol) in seinem Jahresbericht festhält. Die Mafia ist demnach im Drogen- und Waffenhandel, durch Raub oder gewaltsame Geldeintreibungen, aber auch in der Kleinkriminalität tätig.

Da sich Mafiaorganisationen stark abschotteten, bemerkten dies die Behörden kaum. Erst vertiefte Analysen zusammen mit ausländischen Partnerorganisationen brachten das volle Ausmass ans Licht. Schon im vergangenen Jahr wies das Fedpol beispielsweise darauf hin, dass Mafiagruppierungen auch im Drogenhandel auf der Strasse aktiv sind. Die Mafia diversifizierte ihre Aktivität, sagte Fedpol-Direktor Jean-Luc Vez vor den Medien. Sie sei sich nicht zu schade, auch mit kleineren Delikten Geld zu machen. Das Fedpol geht zudem davon aus, dass mehr Gewaltakte als angenommen Mafiagruppierungen wie der 'Ndrangheta zuzuordnen sind. Die kalabrische Mafia trage interne Konflikte häufig gewaltsam aus.

Fälle mit Mafiabezug stellen gemäss Bericht nach wie vor ein Schwerpunkt der Fedpol-Tätigkeit dar. Vor allem in den Grenzregionen zu Italien und Deutschland halten sich mutmassliche

Mafiamitglieder auf, nachdem in Italien der Druck auf die Mafia stieg. 171 von 716 Geschäften im Jahr 2012 ordnet das Fedpol den Delikten Geldwäscherei und organisierte Kriminalität zu.

Bedrohungslage unverändert

Die Bedrohungslage in der Schweiz blieb in der Gesamtbeurteilung des Fedpol allerdings unverändert, wie Vez festhält. Als weitere «Brennpunkte» in der Kriminalitätsbekämpfung nennt der organisierten Kriminalität den Terrorismus und Menschenhandel. Die Schweiz stelle nach wie vor kein «primäres Anschlagziel für Dschihadisten» dar, allerdings komme es im Ausland auch zu Entführungen von Schweizern, heisst es im Bericht weiter. Genutzt werde die Schweiz aber von Dschihad-Gruppierungen als Basis für Aktivitäten im Ausland. Für den Menschenhandel sei die Schweiz wegen hoher Gewinnmöglichkeiten bei geringem Risiko ein beliebtes Ziel – hauptsächlich würden Roma-Frauen etwa aus Rumänien zur Prostitution gezwungen. Nachdem in Zürich Zuhälter zu langen Haftstrafen verurteilt worden waren, haben sich laut Fedpol andere Drahtzieher aus der Schweiz zurückgezogen. Allerdings kontrollieren sie das Gewerbe aus der Ferne, während «höher gestellte Prostituierte» hier die unmittelbare Kontrolle ausüben.

Seit Anfang Jahr führt das Fedpol ein Zeugenschutzprogramm. Präzise Zahlen zu den Personen im Programm nannte Vez nicht. Die Fallzahl bewege sich zwischen fünf und zehn, teilweise seien aber ganze Familien betroffen. *sda*

Otto Lampe wird neuer Botschafter Deutschlands

DIPLOMATIE Stabsübergabe in der deutschen Botschaft in Bern: Wilhelm-Otto Lampe löst im Sommer Peter Gottwald als Botschafter ab. Der 61-jährige Lampe ist heute Beauftragter für die Vereinten Nationen und Menschenrechte im Ausserministerium in Berlin.



Otto Lampe (links) löst Peter Gottwald als Botschafter in Bern ab.

Anfang September soll Wilhelm-Otto Lampe seine neue Aufgabe in Bern antreten, wie die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes in Berlin auf Anfrage mitteilt. «Lampe ist derzeit Beauftragter für die Vereinten Nationen und Menschenrechte im Auswärtigen Amt und war zuvor unter anderem Protokollchef im Berliner Senat», heisst es aus dem Auswärtigen Amt weiter.

Als Protokollchef und Zeremonienmeister des Berliner Bürgermeisters Klaus Wowereit (SPD) war der gebürtige Hamburger von 2005 bis 2009 zuständig für die Betreuung der ausländischen Diplomaten sowie von Staatsgästen, und er koordinierte die Aus-

landsangelegenheiten und Berlins Kontakte zu den insgesamt 17 Partnerstädten.

Promovierter Völkerrechtler

Der Jurist promovierte 1984 in Völkerrecht – da hatte seine Laufbahn in der Diplomatie bereits begonnen. Wichtige Stationen waren dabei São Paulo (Brasilien), Luanda (Angola) und Lissabon. Dazwischen war er immer wieder in der Berliner Zentrale tätig.

Während einiger Jahre war er vom auswärtigen Dienst beurlaubt: Von 1997 bis 2002 arbeitete Lampe als Referent für Ausser- und Entwicklungspolitik der FDP-Bundestagsfraktion. In jene Zeit fiel auch der Umzug des Bundestags von Bonn nach Berlin. Er ist selbst Mitglied der FDP, die mit Guido Westerwelle auch den Ausserminister stellt.

Lampe ist verheiratet und hat einen Sohn.

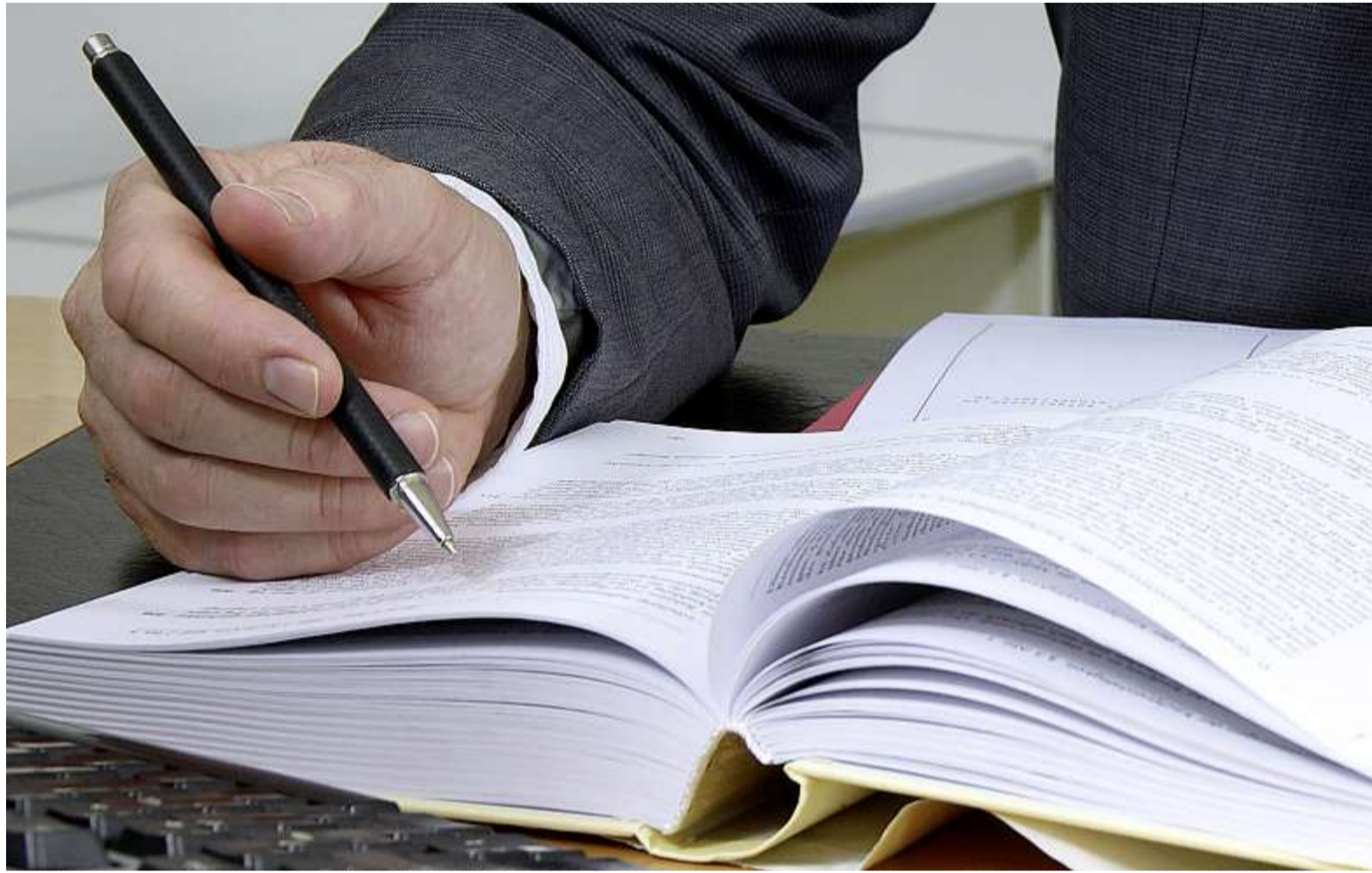
Gottwald bleibt in Bern

Lampe löst Peter Gottwald ab, der diesen Sommer in den Ruhestand tritt. Er war seit August 2011 deutscher Botschafter in Bern. Gottwald, der mit einer Schweizerin verheiratet ist, wird auch künftig in Bern leben.

In den Ruhestand tritt ausserdem auch die Nummer zwei der deutschen Botschaft in Bern: Der Gesandte Eberhard von Schubert ist seit 2005 Leiter der politischen Abteilung und Stellvertreter des Botschafters. Auch er beabsichtigt, in der Schweiz zu bleiben. *Andreas Saurer*

NOTARIATSTARIFE WEKO UND BUNDESRAT WOLLEN MARKT LIBERALISIEREN

Die Abwehrfront gegen mehr



Wer einen Notar braucht, soll künftig nicht mehr an Kantonsgrenzen gebunden sein. Bundesrat und Wettbewerbskommission wollen mit zwei angestrebten

Mehr Wettbewerb soll in den Hochpreinseln die Notariatstarife zum Sinken bringen. Eine davon ist der Kanton Bern. Doch eine unheilige Allianz von Kantonen und einflussreichen Notaren wehrt sich dagegen. Preisüberwacher und Wirtschaftskreise wären hingegen dafür.

Der Immobilienhype schwappt aus den heissen Zonen am Genfer- und Zürichsee immer stärker ins Mittelland und aufs mittlere Preissegment über. Dies stellt die Credit Suisse in ihrem letzte Woche veröffentlichten Immobilienmontior fest. Wie Maden im Speck profitieren davon der Staat und die Notare. Die einen via Handänderungssteuern, die anderen via Verschreibungsgebühren. Beide sind abhängig von der Höhe der Transaktion.

Doch nicht alle Notare verdienen gleich viel daran. Die von den Kantonen festgelegten Tarife zur öffentlichen Beurkundung unterscheiden sich stark. Und weil ein Hauskauf mit einem ortsansässigen Notar abgewickelt werden muss, haben jene Pech, die dies in einem teuren Kanton tun – etwa in Bern. Der schweizerische Preisüberwacher prangert dessen Tarife seit Jahren als überhöht an (siehe Interview).

In seinem letzten Vergleich aus dem Jahr 2009 kritisiert er neben Bern Genf, die Waadt, das Wallis und den Jura.

Weko will mehr Wettbewerb

Nun soll mehr Wettbewerb endlich Bewegung in die verkrusteten Strukturen bringen. Einerseits schlägt die Eidgenössische Wettbewerbskommission (Weko) vor, mit der Einführung der Freizügigkeit die kantonalen Grenzen zu schleifen und damit die Konkurrenz zu vergrössern. Zudem sollen Verschreibungen nicht mehr im Kanton, wo die Transaktion stattfindet, erfolgen müssen.

Der Bundesrat, beziehungsweise das Bundesamt für Justiz, hat andererseits im Sinn, die Beurkundung ins elektronische Zeitalter voranzubringen, was ebenfalls Erleichterungen mit sich brächte. Beide Vorlagen waren in den letzten Monaten in der Vernehmlassung.

Eine Übersicht zu den zahlreichen Rückmeldungen ist gegenwärtig noch nicht erhältlich. Bereits zeigt sich, dass die Kantone und die betroffene Berufsgruppe skeptisch sind. Der Kanton Bern lehnt in seiner Stellungnahme die Freizügigkeit ab. Damit würde die Qualität der Beurkundung gefährdet, die ganz entscheidend auch von einer juristischen Beratung abhängt. Zudem könne ein ausserkantonaler Notar sehr wohl in Bern tätig werden, sofern er das kantonale Patent erwerbe.

«Die Nivellierung nach unten dokumentiert ein fehlgeleitetes Verständnis der Funktion des Notariats.»

Schweizer Notariatsverband

Der Schweizerische Notariatsverband warnt vor den Konsequenzen der beabsichtigten

Neuerungen. Die Rechtssicherheit und der Schutz des Kunden würden leiden, eine implizit beabsichtigte Standardisierung sei kaum möglich. Insgesamt dokumentiere «die Nivellierung nach unten ein fehlgeleitetes Verständnis der Funktion des Notariats». Das Notariat werde «als störender Wegbegleiter» aufgefasst, «der letztlich abgeschafft werden sollte», kritisiert der Verband. Weil es um eine hoheitliche Aufgabe gehe, sei das Binnenmarktgesetz auch gar nicht anzuwenden. Der bernische Notariatsverband verweist zusätzlich auf unterschiedliche Ausbildungsgrade und unterschiedliche Aufgabenbereiche.

Einsamer Kampf in Bern

Wettbewerbsbefürworter sind – wenn wundert – der Preisüberwacher und der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse. Im Kanton Bern versucht der SP-Grossrat Patric Bhend aus Steffisburg schon seit langem Bewegung in die erstarrten Tarife zu bringen. Die von Kantonen und Notaren vorgetragenen Befürchtungen erachtet er als vorgeschoben: «Wird

Wettbewerbsbefürworter sind – wenn wundert – der Preisüberwacher und der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse. Im Kanton Bern versucht der SP-Grossrat Patric Bhend aus Steffisburg schon seit langem Bewegung in die erstarrten Tarife zu bringen. Die von Kantonen und Notaren vorgetragenen Befürchtungen erachtet er als vorgeschoben: «Wird

«Zürcher zahlen dreimal weniger als



Stefan Meierhans: «Es geht offenbar auch günstiger.» *Stefan Andereg*

Preisüberwacher Stefan Meierhans plädiert für Stundentarie und mehr Wettbewerb. Die Einwände der Notare und der Kantone hält er für übertrieben.

Stefan Meierhans, waren Sie schon einmal auf die Dienste eines Notars angewiesen?

Stefan Meierhans: Ja, etwa dreimal in meinem Leben. Das letzte Mal 2009 beim Erwerb unserer Eigentumswohnung in Bern.

Ihre Erfahrung?

Mir wurde der mittlere Tarif der geltenden Bandbreite verrechnet. Auf meine Nachfrage, weshalb hier nicht der günstige zum Zug komme, antwortete man mir, dafür müssten bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein. Mittlerweile weiss ich, dass fast ausnahmslos der Mittelarif verrechnet wird. Die ursprünglich

beabsichtigte Differenzierung findet also nicht statt.

Im Kanton Bern zahlt man für die Verschreibung einer Eigentumswohnung im Wert von einer halben Million Franken 2345 Franken. Ist das zu viel?

Ein Blick in andere Kantone zeigt: Es geht offenbar auch günstiger. Ein Zürcher zahlt für die gleiche Dienstleistung rund dreimal weniger, ein Freiburger etwa 900 Franken weniger.

Welcher Tarif wäre denn für Sie angemessen?

Das ist so eine Sache: Wie soll man den korrekten Tarif berechnen? Eine Variante wäre der Stundentarif, der sich an verwandte Berufsgattungen anlehnt. Dann würde der effektive Aufwand verrechnet.

Das Verschreiben einer 20-Millionen-Villa kostet in Bern 24845 Franken, ohne dass dies

viel aufwendiger als bei einem günstigeren Haus ist. Notare sagen, sie würden damit weniger einträgliche Geschäfte querfinanzieren. Glauben Sie das?

Zu einem gewissen Teil stimmt das sicher. Störend ist, wenn dieses Maximum sehr hoch angesetzt ist.

Ihnen gehts also nicht um Ausgleich, sondern darum, dass der Preis die Leistung abgilt.

Genau.

Die Wettbewerbskommission und der Bundesrat streben mit zwei Reformen mehr Wettbewerb an. Unterstützt das Ihre bereits langjährigen Kampf?

Wenn die Neuerungen eingeführt würden, kämen die Preise unter Druck. Die Kunden würden vergleichen, was wo wie viel kostet. In Bereichen, die nicht an den Ort gebunden sind – etwa Erb- und Eheverträge oder die Grün-

Wettbewerb steht



Neuerungen mehr Wettbewerb ermöglichen und damit auch den Druck auf die Tarife erhöhen.

Fotolia

die Leistung in einem Reglement klar umschrieben, kann mehr Wettbewerb dem Kunden nur nützen.» Auch die Weko rechnet damit, dass die Tarife dank mehr Wettbewerb sinken würden. Zum weiteren Vorgehen will sie sich derzeit nicht äussern. Fest steht, dass die Weko keine Weisungsbefugnis hat, sondern bloss Empfehlungen abgeben kann.

Die Weko wurde nicht ohne Grund aktiv: Der Europäische Gerichtshof hat in einem Urteil festgehalten, dass notarielle Tätigkeiten nicht mehr als hoheitlich zu taxieren sind. Würde also ein Notar die fehlende Freizügigkeit einklagen, könnte die Weko nach einem abschlägigen Entscheid Beschwerde einlegen und so auf juristischem Weg aktiv werden. Bis jetzt fehlt ein konkreter Fall.

Bhend: Einflussreiche Lobby

Was Bhend gar nicht hören mag, sind Klagen über das angeblich wenig einträgliche Geschäft, insbesondere auf dem Land. Er hat darum Steuerdaten von Berner Notaren verlangt (siehe Box). Sie zeigen auch auf dem Land respek-

table Einkommens- und Vermögensverhältnisse: «Ein Huttwiler Notar, SVP-Mitglied, weist zum Beispiel ein steuerbares Einkommen von 850 000 Franken aus.»

Bhends jüngster Angriff auf die Kaste scheiterte letzten März. Zwar sind derzeit nur drei Grossräte Notare im 160 Mitglieder

«Ein Huttwiler Notar weist ein steuerbares Einkommen von 850 000 Franken aus.»

Berner SP-Grossrat Patric Bhend

zählenden Parlament. Sie seien aber einflussreich, betont Bhend. Die nächste Attacke reiten Daniel Kast (CVP) und Thomas Brönnimann (GLP), die in einer Interpellation fragen, warum die Berner Tarife so viel höher als anderswo sein müssten. Als CVP-Grossrat stammt Kast aus derselben politischen Ecke wie der Preisüberwacher. *Christoph Aebischer*

Das hängt wohl auch etwas mit dem Gewicht von Notaren im kantonalen Parlament zusammen, die dort ihre Interessen gut vertreten. Zudem kommt man relativ selten mit einem Notar in Kontakt. Der Ärger entsteht im Augenblick, dann vergisst man die Sache wieder. Es ist tatsächlich nicht das Gleiche wie beim Einkaufen, Telefonieren oder Tramfahren. Dort wird man täglich damit konfrontiert.

Die Abwehrfront hat sich bereits wieder formiert. Wie hoch stehen überhaupt die Chancen für eine Verbesserung?

Es ist noch zu früh für eine definitive Abschätzung. Aber ich kann nicht nachvollziehen, wenn bürgerliche Parteien für Freizügigkeit und liberale Verhältnisse einstehen, und sobald es um sie selber geht, sind sie dagegen.

Interview: Christoph Aebischer

NOTARE IM GROSSEN RAT

Im Grossen Rat sitzen derzeit drei Notare. Dies sind Peter Brand, SVP-Fraktionschef aus Münchenbuchsee, Andreas Blank (SVP, Aarberg) und Samuel Leuenberger (BDP, Trubschachen). Der vierte, Adrian Kneubühler (FDP, Nidau), ist per Ende der letzten Session zurückgetreten.

Peter Brand wies 2009 ein steuerbares Einkommen von 296 700 Franken aus. Brand reagiert offensiv und legt der Redaktion seine gesamte Steuererklärung offen. «Meine Frau ist ebenfalls



Samuel Leuenberger
BDP-Grossrat
Notar

113300 Franken aus. Auch Leuenbergers Einkommen schwankt und wird nicht bloss durch notarielle Tätigkeiten gespeist. Neben den notariellen Bereichen berate er Kunden. Mandate – etwa beim Verein Region Emmental, dem Hauseigentümergebiet oder im Grossen Rat – generierten ebenfalls Einkommen. Verkompliziert werde das Abgrenzen noch, weil er in seinen zwei Büros acht Angestellte beschäftige.

Die Notariatstarife sind im Kanton Bern schon seit Jahren ein Politikum. Mit der Revision des Notariatsgesetzes sollten darum die Tarife sinken. Seit dem 1. Juli 2006 hat die Regierung die Kompetenz zum Erlassen des Gebührenreglements. Es gelten Bandbreiten (für die amtliche Beglaubigung eines Liegenschaftsverkaufs in Höhe von 500 000 Franken fällt eine Gebühr an von mindestens 1865 Franken, im Mittel 2345 und höchstens 2825 Franken). **Doch sind die Notare dazu gehalten, den mittleren Tarif zu verrechnen, was sie in drei Vierteln der Fälle auch tun.**

2010 kamen zwei von der Regierung in Auftrag gegebene Studien zum Schluss, dass die von der Gesetzesrevision anvisierten Ziele erreicht worden seien: Die Einkommen für notarielle Tätigkeiten seien um 15 Prozent gesunken. Sie machte in ihrem Bericht damals geltend, man dürfe das in Bern geltende freie Notariat, das zehn Kantone kennen, nicht mit dem Amtsnotariat oder Mischformen vergleichen, da Ersteres grundsätzlich kostendeckend sein müsse. **Zu beachten ist, dass Notare nebenberuflich auch als Anwälte tätig sein können. Dafür erheben sie Honorare.** Beim Kanton sind aktuell 332 Notarinnen und Notare registriert. *cab*



Peter Brand
SVP-Grossrat
Notar

erwerbstätig», kommentiert Brand die Zahl. Zudem generiere ein geerbtes Mehrfamilienhaus Mietzinseinnahmen, und auch diverse Mandate trügen ihm Entschädigungen ein. Alles in allem, geht aus der Steuererklärung hervor, stammen rund 70 Prozent seines Einkommens aus notarieller Tätigkeit.

Andreas Blank wies 2011 ein steuerbares Einkommen von 423 000 Franken aus. Blank macht auf Anfrage darauf aufmerksam, dass das Einkommen von Jahr zu Jahr stark schwankte. Zudem stamme ein «namhafter



Andreas Blank
SVP-Grossrat
Notar

Anteil» aus anderen Bereichen. Blank hat diverse Verwaltungsmandate und öffentliche Funktionen inne (etwa das Grossratsmandat), er ist als Bürgerrechtler und -kassier tätig, und als Besitzer von Wohnungen nimmt er Mietzinsen ein.

Samuel Leuenberger wies 2011 ein steuerbares Einkommen von

Kampfansage der Swisscom

HANDYS Nach der Offensive bei den Handyтарifen folgt die nächste Attacke auf die Konkurrenz: Die Swisscom lanciert eine Smartphone-App, mit der auch Orange- und Sunrise-Kunden telefonieren und Nachrichten austauschen können.

Vor zwölf Monaten hatte die Swisscom die Datenvolumenzähler bei Handyabos abgeschafft und damit die Preise im Mobilfunk unter Druck gebracht. Seither können die Kunden dieser Infinity-Abos so viel surfen, wie sie wollen. Der Unterschied liegt nun beim Tempo: Kunden von billigeren Abos surfen langsamer als jene von teureren.

Als Grund für die Neuerung nannte Swisscom-Chef Carsten Schloter damals die Konkurrenz durch Internetangebote, die die Einnahmen aus einzelnen verrechneten SMS und Gesprächsminuten erodieren liessen. Denn die Kunden würden immer mehr auf Angebote wie Whatsapp oder Skype ausweichen, um sich Botschaften zu schicken oder zu telefonieren. Nun startet die Swisscom die nächste Offensive. Mit der Smartphone-App iO will der Telecomanbieter Whatsapp- oder Skype-Nutzer für das eigene Angebot zurückgewinnen.

Funktioniert auch im Ausland

Die App funktioniert etwa wie Skype: Wenn man mit dem Internet verbunden ist, kann man telefonieren oder Nachrichten schicken. Dies funktioniert im Gegensatz zu Whatsapp auch bei Kontakten ausserhalb der Gemeinschaft von Leuten, die zugestimmt haben mitzumachen. Damit können auch Kunden anderer Anbieter wie Orange oder Sunrise oder sogar ausländischer Mobilfunkbetreiber diese App nutzen.

Unter den Nutzern der iO-App sind diese Anrufe oder Nachrich-

ten gratis. Es fällt allerdings der Datenverkehr an, wenn man sich in einem Handynetz befindet. Je nach Abo oder Prepaidkarte kann das zu Buche schlagen. Dies gilt auch für den Angerufenen, was eine Überraschung für viele Prepaidkunden sein könnte.

Für den Nutzer spielt es keine Rolle, ob er sich in der Schweiz oder im Ausland befindet. Will man allerdings Kontakte ausserhalb der Community hierzulande oder im Ausland erreichen, braucht man eine Option, die bis zu 25 Franken pro Monat kostet.

Mit der neuen App kann man im Ausland die teuren Roamingkosten umgehen. Befindet sich das Handy in einem Gratis-WLAN-Netz, fallen keine weiteren Kosten an. Auch bei einer Verbindung mit dem Handynetz sind Anrufe für Swisscom-Kunden deutlich billiger als bisher.

Kampfansage an Konkurrenz

Für Orange und Sunrise sei das neue Angebot eine Kampfansage, urteilt Telecomexperte Ralf Beyeler vom Internetvergleichsdienst Comparis. Denn erstens biete die Swisscom einen Pauschalpreis für Anrufe in alle Schweizer Netze. Zweitens richte sich diese Option an alle Nutzer der App – ganz gleich, ob Swisscom-Kunde oder nicht. «Wenn man bedenkt, wie viel Anrufe auf Fremdnetzhandys zuweilen kosten, lohnt sich das Angebot allemal. Schon nach rund einer Stunde Telefonieren auf Handys haben sich die Kosten dafür amortisiert», sagt Beyeler.

Für Swisscom-Schweiz-Chef Urs Schächli ist die App eine Reaktion auf den Preiszerfall im Mobilfunk. Zwar dürfte die Swisscom einen zweistelligen Millionenbetrag pro Jahr verlieren. Aber so habe man die Chance, neue Kunden von der Konkurrenz oder im Ausland zu gewinnen.

Johannes Brinkmann, sda

SO VIEL KOSTET DIE NEUE APP

Von iO-App zu iO-App: Haben beide Gesprächspartner die neue App installiert, sind Telefongespräche sowie der Versand von Kurzmitteilungen und Bildern kostenlos, sofern der Anrufende über ein WLAN eingeloggt ist. Erfolgt das Einloggen ins Internet über das Mobilfunknetz, fallen allenfalls Kosten für das verbrauchte Datenvolumen an.

Swisscom-Kunden mit iO-App ins Schweizer Netz: Gegen eine Gebühr von 15 Franken im Monat können Swisscom-Kunden, die eine Monatsgebühr bezahlen, ohne zusätzlich anfallende Kosten alle Telefonnummern in der Schweiz anrufen. Auch Mobilfunkkunden von Sunrise und Orange. Swisscom-Kunden, welche ein Infinity-Abonnement gelöst haben, erhalten diese Option kostenlos.

Orange- und Sunrise-Kunden mit iO-App ins Schweizer Netz:

Für Kunden der Mobilfunkanbieter Orange und Sunrise sowie für Prepaid-Kunden der Swisscom kostet das vorgängig erwähnte Angebot 20 Franken.

Anrufe von der Schweiz ins Ausland: Mit dem Angebot Ausland-Flat sind zum Preis von 25 Franken zudem Anrufe nach Europa, in die USA und nach Kanada kostenlos. Nur Infinity-XL-Kunden erhalten dieses Paket kostenlos.

Anrufe vom Ausland in die Schweiz: Hier hat die neue App grosse Vorteile: Ist man in einem WLAN eingeloggt, kann man über die iO-App kostenlos in die Schweiz anrufen. Auch wenn die angerufene Person nur über einen Festnetzanschluss verfügt. Ohne WLAN-Anschluss fallen Kosten für die Datenübertragung ins ausländische Mobilfunknetz an. Diese können allerdings unter Umständen hoch sein. *sny*



Mit der App iO will die Swisscom Skype-Nutzer zurückgewinnen

Keystone

Berner»

dung einer Kapitalgesellschaft – ist das schon heute zu beobachten. Wer das weiss, weicht zum Beispiel nach Solothurn aus, wo Notare dies für weniger Geld machen.

Notare und Kanton warnen, mit mehr Wettbewerb würde die Qualität leiden, das Wissen um örtliche Gepflogenheiten würde fehlen und der Kundenschutz geschwächt. Stimmt das?

Ich kann das nicht nachvollziehen. Der Anstoss zur von der Weko geforderten Freizügigkeit kommt aus der EU. Dort ist es für einen spanischen Notar möglich, in Deutschland seiner Tätigkeit nachzugehen. Wenn das möglich ist, sollte es doch auch innerhalb des gleichen Landes keine Probleme geben.

In Bern wehren Notare seit Jahren Druckversuche erfolgreich ab. Wie gelingt ihnen das?